

GERD WIEGEL, ROLAND BACH

# MÄSSIG BIS DESASTRÖS

NPD UND EXTREME RECHTE IM WAHLJAHR 2011

Mit den Wahlen in Berlin ging das «Superwahljahr» 2011 mit insgesamt sieben Landtags- und zwei Kommunalwahlen zu Ende. Nur bei vier dieser Wahlen konnten sich Parteien der extremen Rechten realistische Chancen auf wahlpolitische Erfolge ausrechnen, während sie in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg nach dem Niedergang der hier ehemals starken «Republikaner» und auch in Hamburg chancenlos waren: In Sachsen-Anhalt versuchte die NPD mit aller ihr zur Verfügung stehenden Macht den Einzug in einen weiteren Landtag zu schaffen; in Bremen war die extreme Rechte durch die besondere Wahlsituation in Bremerhaven in Form der DVU über Jahre im Parlament vertreten, jedoch scheiterte die NPD hier kläglich (1,6% Bremen gesamt) und kam auch in Bremerhaven nicht über 2,3% hinaus, womit sie parlamentarisch nicht vertreten ist; schließlich galt es für die NPD die Landtagsfraktion in Mecklenburg-Vorpommern zu verteidigen, um die einzige neben Sachsen vorhandene parlamentarische Präsenz in einem Landtag zu sichern; und in Berlin rechneten sich mit «Pro Deutschland» und «Die Freiheit» neben der NPD auch zwei Parteien des sogenannten Rechtspopulismus Chancen aus, achtbare Ergebnisse auf Landesebene zu erzielen und in kommunale Vertretungen einzuziehen. In keinem der genannten Fälle ist einer rechten Partei ein durchschlagender Erfolg gelungen, was aus antifaschistischer Sicht zu den erfreulichsten Ergebnissen des Wahljahres gehört!

Dennoch ist es geboten, die Ergebnisse der extremen Rechten genauer zu analysieren, um dann einige Folgerungen für die weitere Auseinandersetzung zu ziehen. Denn bei aller Freude über die relativen Misserfolge von Nazis und Rechtspopulisten – das Jahr 2011 kann auch als Beleg für das Durchhaltevermögen mindestens der NPD gelesen werden.

## GEMISCHTE VORAUSSETZUNGEN FÜR DIE EXTREME RECHTE

Aus Sicht der extremen Rechten waren die Bedingungen für ein erfolgreiches Wahljahr 2011 gemischt. Durch die Sarrazin-Debatte wurde der Rassismus von NPD und Rechtspopulisten auch in der Mitte der Gesellschaft weiter salonfähig gemacht, weshalb vor allem in Berlin diese Debatte von allen rechten Parteien aufgegriffen wurde. Weiter boten sich mit der zu-

nehmenden Euro-Krise Anknüpfungspunkte an eine generelle Unzufriedenheit mit der etablierten Politik, die traditionell auch der extremen Rechten zugutekommt. Schließlich ließen die Erfolge rechtspopulistischer Parteien in Europa (zuletzt in Finnland) und die «konservative Lücke» der CDU/CSU auch in Deutschland die Frage nach einer Partei rechts der Union aufkommen. Die mit der Atomkatastrophe von Fukushima verbundene Atomdebatte kam der extremen Rechten eher ungelegen, wurden doch für sie wichtige Themen damit überdeckt. Ganz anders sah dagegen die Lage auf Seiten der Parteien der extremen Rechten aus. Die NPD steckt seit der Bundestagswahl 2009 in einer Art Dauerkrise. Finanziell wandelt die Partei aufgrund diverser Unregelmäßigkeiten schon seit Jahren am Abgrund. Ihr Führungspersonal ist zerstritten und ohne klare politische Ausrichtung. Schließlich konnte selbst aus dem Vereinigungsprozess mit der DVU kein Schub gewonnen werden. Mit den Parteien «Pro Deutschland» und «Die Freiheit» traten erst bei der letzten Landtagswahl des Jahres in Berlin zwei Gruppierungen des sogenannten Rechtspopulismus an, deren europäische Pendanten seit Jahren äußerst erfolgreich sind. Anders in Deutschland, wo alle Parteien der extremen Rechten aufgrund der NS-Vergangenheit auf große Vorbehalte treffen. Während Teile des Führungspersonals von «Pro Deutschland» ihre Wurzeln eindeutig im harten Neofaschismus haben, trifft dies für die CDU-Abspaltung «Die Freiheit» nicht zu. Dennoch – und trotz Wahlkampfhilfe durch den niederländischen Rechtspopulisten Geert Wilders – gelang es auch dieser Partei nicht, vorhandene antimuslimische und rassistische Stimmungen für sich nutzbar zu machen. Bis heute fehlt dem Rechtspopulismus in Deutschland eine überzeugende Führungspersönlichkeit. Angesichts der Euro-Krise und der Gefahr einer zunehmenden EU-Skepsis werden rechtspopulistische Stimmungen jedoch weiterhin wachsen, so dass die Gefahr einer weiteren Rechtsverschiebung in Europa und auch in Deutschland akut bleibt.

## NPD IN SACHSEN-ANHALT 2011

Das Wahlergebnis der NPD in Sachsen-Anhalt war ein Alarmsignal für alle DemokratInnen und gleichzeitig eine Niederlage der NPD, gemessen am selbstgesteckten Ziel des Land-

tagseinzugs. Mit 4,6% verpasste die NPD knapp (und zum zweiten Mal nach Thüringen 2010, wo sie auch auf alarmierende 4,3% kam) den Einzug in ein drittes Landesparlament, nachdem ihr dies 2004 mit 9,2% in Sachsen (Wiedereinzug 2009 mit 5,6%) und 2006 mit 7,3% in Mecklenburg-Vorpommern gelungen war – den ersten parlamentarischen Erfolgen der Partei auf Landesebene nach 36 Jahren. Vor dem Hintergrund der massiven finanziellen Krise der Partei, der Stagnation der NPD seit mehreren Jahren, dem Misstrauen gegen die parlamentarische Ausrichtung der Partei seitens des Kameradschaftsspektrums und dem generell negativen Trend der letzten Jahre war die NPD unbedingt auf einen sichtbaren Erfolg angewiesen, mit dem sie ihre führende Rolle hätte unterstreichen können. Dieser Erfolg ist ihr in Sachsen-Anhalt nicht gelungen, wenngleich das Ergebnis von 4,6% angesichts der objektiven Stärke des NPD-Landesverbandes, der zum Zeitpunkt des Wahlkampfes nur 250 Mitglieder hatte, als deutliches Warnzeichen gewertet werden muss.

Alle Umfragen in den Wochen vor der Wahl hatten die NPD nahe der 5-Prozent-Hürde gesehen. Erst diese Meldungen und die damit prognostizierte realistische Chance der NPD auf einen Landtagseinzug veranlassten Zivilgesellschaft und demokratische Parteien zu einer gemeinsamen Kraftanstrengung in letzter Minute, um gemeinsam vor einem Erfolg der Nazis zu warnen. Drei Elemente scheinen für das Scheitern der NPD in Sachsen-Anhalt verantwortlich zu sein: 1. Die überraschend gestiegene Wahlbeteiligung (von 44 auf 51%), die zumindest auch ein Ergebnis der Kampagne gegen die NPD war. Der NPD ist es nicht gelungen, eine Stammwählerschaft auszubilden, die ihr den sicheren Einzug ermöglicht hätte. 2. Die vermeintliche Enttarnung des NPD-Spitzenkandidaten Matthias Heyder im Internetportal tagesschau.de als zum Bombenbau aufrufenden Hardcore-Nazi: Der NPD konnte mit dieser Desavouierung ihres Spitzenkandidaten die Maske des Biedermanns heruntergerissen werden, was sicherlich einem größeren Zuspruch durch die WählerInnen abträglich war. 3. Die fehlende kommunale Verankerung der NPD im Bundesland: Mit 29 kommunalen Mandaten ist die NPD sehr weit von einer Verankerung entfernt, die sie z. B. in Sachsen hat.

Vor dem Hintergrund dieser Schwächen ist das Ergebnis von 4,6% beachtlich. Mit 45.697 Zweitstimmen konnte die NPD das Ergebnis der DVU von 2006 (26.905 = 3%) deutlich übertreffen (selbst unter Einbeziehung der Stimmen der Republikaner kam die extreme Rechte 2006 auf nur ca. 30.000 Stimmen). Während die NPD in allen kreisfreien Städten teilweise deutlich unter ihrem Landesergebnis lag (Magdeburg = 3,2%; Halle = 3,2%; Dessau-Roßlau = 4,0%) konnte sie in ländlichen Regionen zum Teil sehr viel bessere Ergebnisse erzielen (Burgenlandkreis = 7,0%; Mansfeld-Südharz = 6,0%; Harz = 5,0%). Evident wird hieraus, dass die NPD dort, wo sie aktive und relativ starke Kreisverbände hat, auch erfolgreich ist.

Überdurchschnittliche Ergebnisse konnte die NPD – wie schon bei anderen Wahlen – bei Hartz IV-Bezieherinnen (11%), Arbeitern (11%) und Arbeitslosen (9%) erzielen. Darüber hinaus war sie besonders bei den jüngeren WählerInnen (18-29 Jahre) erfolgreich (17%). Insbesondere letzteres ist mit Blick auf die Verfestigung rechtsextremer Einstellungen und damit auch eines zukünftigen WählerInnenpotenzials besorgniserregend.

## WAHLKAMPF DER NPD

Die soziale Frage aus der Landesperspektive war zentrales Thema der NPD im Wahlkampf in Sachsen-Anhalt. Versucht wurde, die schwierige soziale Situation im Land (Hartz IV, Abwanderung, Renten etc.) in den Mittelpunkt zu stellen und damit diejenigen anzusprechen, die sich wenig oder nichts von den etablierten Parteien erwarten. Deutlich ausgerichtet war der NPD-Wahlkampf damit auf die große Gruppe der NichtwählerInnen, die sich mehr oder weniger vom politischen System abgewendet hat und nur noch von einer Partei erreicht wird, die als fundamentale Opposition wahrgenommen wird. Da die NPD, gemessen an den letzten Kommunalwahlen, nur über ein StammwählerInnenpotenzial von ca. 2,5% verfügt, musste sie insbesondere auf die Motivation von solchen Menschen setzen, die vorher nicht zur Wahl gegangen waren.

Während die NPD in der ersten Wahlkampfphase wenige klassisch rechte Themen (Rassismus) in den Vordergrund stellte, wurden diese mit einer Angstkampagne gegen weitere Zuwanderung («Invasion stoppen! NPD wählen») am Ende doch genutzt. Einerseits sollten bürgerliche WählerInnen so nicht frühzeitig verschreckt werden, andererseits galt es, die Stammklientel zu bedienen.

Mit drei Personen gelang der NPD eine landesweite mediale Aufmerksamkeit: Der Jugendfußballtrainer und Bezirksschornsteinfeger Lutz Battke nimmt für die NPD mehrere Mandate wahr und musste, nachdem sein NPD-Engagement öffentlich wurde, seine Tätigkeit als Jugendtrainer aufgeben, womit er zu einem Märtyrer der «Political Correctness» wurde. Battke kandidiert zur Landtagswahl für die NPD und erreichte in Laucha ein Ergebnis von 16,3%. Der SPD-Bürgermeister von Krauschwitz, Hans Püschel, äußert sich am Jahresanfang lobend über den Bundesparteitag der NPD in Sachsen-Anhalt und trat schließlich zur Landtagswahl für die NPD an (er kam auf ein Ergebnis von 7,3%). Die von der NPD und Püschel lancierte mediale Inszenierung sorgt noch vor dem eigentlichen Wahlkampf für große Aufmerksamkeit für die NPD. Schließlich wurde der NPD Spitzenkandidat Matthias Heyder verdächtigt, unter dem Pseudonym «Junker Jörg» in Naziforen Aufrufe zum Bombenbau und zur Vergewaltigung linker Frauen zu verbreiten.

## AUSWIRKUNGEN FÜR DIE NPD

Angesichts der Bedeutung für die NPD wurden von der Partei alle vorhandenen Kräfte auf die Wahl in Sachsen-Anhalt ausgerichtet: Der Fraktionschef aus Sachsen, Holger Apfel, wurde zum Wahlkampfleiter ernannt und die Partei legte den Wahlkampf als eine Materialschlacht an, mit der sie eine Präsenz im Bundesland suggerieren wollte, die in keiner Weise ihrer realen Verankerung entspricht. Mit einem Wahlkampfbudget von 260.000 Euro sollen die 60.000 Wahlplakate, eine Millionen Wahlkampfzeitungen, Internetauftritte, Schulhof-CD, Direktansprachen der ErstwählerInnen usw. finanziert worden sein. Sicher ist, dass die Partei hier größere Kredite aufgenommen haben muss, wenn sich nicht der Verdacht bestätigen sollte, dass illegal Gelder aus Sachsen geflossen sind.

Die mit dem Landtagseinzug erhoffte Refinanzierung der Kosten bleibt aus und vergrößert die finanziellen Nöte der Partei. Denn entscheidend ist hier nicht die Wahlkampfkostenerstattung, von der die NPD natürlich profitieren wird, sondern

die dauerhafte Finanzierung einer weiteren Fraktion mit den damit verbundenen personellen Ressourcen.

### **UNTERSCHÄTZUNG DER NPD?**

Die beschriebene Schwäche des Landesverbandes scheint auch ein Grund für die massive Unterschätzung der NPD seitens der demokratischen Akteure im Land bis kurz vor dem Wahlsonntag gewesen zu sein. Vor dem Hintergrund der Erfahrungen in diesem Bundesland, in dem 1998 die DVU ohne Verankerung und aus dem Stand auf 12,9% der Stimmen kam (damals übrigens bei einer Wahlbeteiligung von 71 %!), muss dies dennoch als Versäumnis gewertet werden. Seit Ende 2010 war überdies klar, dass die NPD in den Prognosen in einem Bereich lag, der den Einzug zumindest als möglich erscheinen ließ. Als Alarmsignal musste zudem der hohe Anteil für die NPD bei Befragungen von JungwählerInnen erscheinen, der bei 21% lag. Dennoch ist es erst sehr spät zu koordinierten und landesweiten politischen Aktionen gegen den möglichen Wahlerfolg der NPD gekommen.

### **MECKLENBURG-VORPOMMERN: WIEDEREINZUG DER NPD TROTZ VERLUSTEN**

Mit 6,0% gelang der NPD klar der Wiedereinzug in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, in dem sie mit fünf Abgeordneten (bisher sechs) vertreten sein wird. Trotz deutlicher Verluste von 1,3% gegenüber 2006 muss das Ergebnis der NPD als Erfolg für die Nazis gewertet werden. Angesichts der seit mehr als zwei Jahren andauernden Krise der Partei, die sich in finanziellen Problemen, personellen Querelen und schlechten Wahlergebnissen ausdrückt, war der Wiedereinzug in MV der so dringend benötigte Achtungserfolg. Nicht zuletzt für die eigene Klientel war der Wahlerfolg von großer Bedeutung, trägt er doch zur weiteren Motivation bei, die gerade für Wahlkämpfe der NPD enorm wichtig ist. Während in Sachsen-Anhalt trotz großen personellen und finanziellen Aufwands mit letztlich nur 4,6% der Einzug ins Parlament verpasst wurde, hat sich aus Sicht der Nazis der Aufwand in MV gelohnt. Nicht zuletzt für die mit diesem Einzug verbundenen personellen und finanziellen Ressourcen war das Ergebnis in MV für die NPD überlebenswichtig. Wahlkreis- und Bürgerbüros, bezahlte Mitarbeiter und die Möglichkeiten des Landtags sind eine wichtige Voraussetzung, um die Verankerung im Bundesland weiter zu vertiefen.

### **WAHLKAMPF UND WÄHLERINNEN**

Wie schon in Sachsen, so konnte die NPD auch in Mecklenburg-Vorpommern auf eine StammwählerInnenschaft bauen die ihr den Einzug in den Landtag ermöglichte, wenngleich sie allein nicht ausreichte. Dennoch bestätigte auch die Wahl in MV, dass die bis heute häufig vertretene These, dass es sich bei ihren WählerInnen um ProtestwählerInnen handele, falsch ist. Der größere Teil derer, die die NPD wählen, teilt das von der Partei vertretene rassistische und nationalistische Weltbild. So wurde in der Wahlpropaganda der NPD das bekannte Gemisch aus Rassismus und Nationalismus («Guten Heimflug», «Grenzen dicht für Lohndrücker» etc.) bedient. Traditionell ist die NPD in MV eng mit der Kameradschaftsszene verbunden, die auch diesmal den Wahlkampf der Partei massiv unterstützt hat und sicherlich entsprechend am Erfolg beteiligt wird.

Ähnlich wie in Sachsen-Anhalt baute die NPD im Wahlkampf auch in MV auf eine flächendeckende Präsenz, die über ihre

tatsächliche Verankerung hinwegtäuscht. Mit einem Wahlkampfetat von ca. 200.000 Euro und angeblich 80.000 Plakaten im ganzen Land war die NPD im Straßenbild in vielen Orten dominierend. Hinzu kommt das weiter gepflegte Image als «Kümmererpartei», die sich z. B. als erste an den Werkstören von Betrieben zeigt, die Teile der Produktion nach Polen verlagern, womit die nationalistische und antipolnische Propaganda der NPD auch weiter auf fruchtbaren Boden fallen könnte.

Wie schon in den anderen Bundesländern mit starken NPD-Ergebnissen konnte die Partei überdurchschnittliche Ergebnisse bei einzelnen Gruppen erzielen: Arbeitslose wählten mit 18% dreimal so häufig die NPD wie der Durchschnitt. Auch Arbeiter sind mit 13% überdurchschnittlich vertreten. Auch in MV ist die Wählerschaft der NPD jung. 15% der ErstwählerInnen stimmten für die Partei, nimmt man nur die männlichen Erstwähler, dann waren es sogar 17%.

### **TROTZ WIEDEREINZUG DEUTLICHE VERLUSTE**

Trotz dieser Ergebnisse muss der NPD-Erfolg in MV als ein relativer gewertet werden. Zwar konnte die Abwärtsspirale der Partei gestoppt werden, jedoch hat die NPD massiv an Stimmen verloren. Trotz des Rückgangs der Wahlbeteiligung von 59,1 Prozent auf 51,4 Prozent hat sie sich um 1,3% gegenüber 2006 verschlechtert. In absoluten Zahlen ging die NPD von 59.845 Zweitstimmen auf 40.642 Zweitstimmen zurück. Wie auch bei den letzten Wahlen zeigt sich im Ergebnis der NPD eine große Spannweite. Ostvorpommern und Uecker-Randow ragen mit Ergebnissen zwischen 10 und 15% weit über den Landesdurchschnitt (Uecker-Randow I = 15,4%, Uecker-Randow II = 12%, Ostvorpommern II = 11,3%, Ostvorpommern I = 10,4%), wohingegen die Ergebnisse in den größeren Städten wie Rostock und Schwerin unterdurchschnittlich sind.

### **BUNDESPOLITISCHE AUSWIRKUNGEN**

Die NPD insgesamt wird das Ergebnis als Beleg für ihre Fähigkeit ansehen, auch parlamentarisch erfolgreich zu sein, wobei die Partei auch im Jahr 2011 den Beweis schuldig bleibt, dass sie über ihre beiden Leuchttürme in Sachsen und MV hinaus erfolgreich sein kann. Umgekehrt ließe sich mit gleicher Berechtigung behaupten, die kontinuierliche Arbeit zahlreicher Menschen, die sich tagtäglich gegen die Nazis engagieren, zeigt mit den kontinuierlichen Verlusten der Partei langsam Erfolg. Letztlich gibt es keine Alternative zu dieser graswurzelmäßigen Auseinandersetzung mit den Nazis im Alltag, will man nicht erneut die durch die Haltung der Union zur Sackgasse gewordene Debatte um ein NPD-Verbot beleben. Umso wichtiger ist die finanzielle Absicherung der Arbeit gegen die extreme Rechte. Die Kürzungsvorhaben der Bundesregierung bei den Programmen gegen Rechtsextremismus von 2 Mio. Euro setzen hier genau das falsche Signal.

Parteiintern konnte Udo Pastörs seine Position im internen Machtkampf mit Parteichef Voigt festigen. Zusammen mit Holger Apfel, der für den Vorsitz kandidieren will, ist er offensichtlich auf eine stärkere Rolle in der NPD bedacht. Als weitaus eloquenterer Redner würde Pastörs als bundesweiter Akteur der Partei sicherlich eine «lebhaftere» Außendarstellung garantieren als das bei Voigt der Fall ist. Allerdings zeichnet sich Pastörs immer wieder durch wüste antisemitische und NS-verherrlichende Auftritte aus, die der Partei jenseits

des engen Spektrums der harten Nazis eher schaden. Trotz Konkurrenz zu Pastörs zeigte sich Holger Apfel (NPD-Chef in Sachsen) als loyaler Wahlkämpfer in MV engagiert. Schon hier zeichnete sich das Bündnis der beiden zum Sturz von Parteichef Udo Voigt ab.

Bei allen Verlusten ließ schon das Ergebnis in MV erwarten, dass die älteste Partei der extremen Rechten, trotz der Konkurrenz zu «Pro Deutschland» und «Die Freiheit», auch in Berlin am besten abschneiden würde.

### **EXTREME RECHTE BEI DEN BERLINER ABGEORDNETENHAUS- UND BEZIRKSVERORDNETENWAHLEN 2011**

Das NPD-Ergebnis: Die Wahlen in Berlin fügten sich ins Bild des bisherigen Wahljahres für die extreme Rechte, wenngleich der Antritt von «Die Freiheit» und «Pro Deutschland» für eine zuletzt ungewohnte Konkurrenz im Lager der extremen Rechten sorgte. Die NPD kam landesweit auf 2,1 % und verlor damit gegenüber den Wahlen von 2006 0,5 %. In absoluten Stimmen kam die NPD auf 31.243 Stimmen gegenüber 35.229 in 2006 (-3.986). Die Verluste der NPD fügten sich in das Bild ihrer Ergebnisse im ganzen Jahr, die durch Stagnation bzw. leichte Verluste (Ausnahme Sachsen-Anhalt) gekennzeichnet sind. Dennoch gelangen der NPD bei den Wahlen in Berlin zwei relative Erfolge: Sie konnte die Hürde der Wahlkampfkostenerstattung deutlich überspringen und sie lag klar vor der «Freiheit» und «Pro Deutschland», die zusammen nur auf unwesentlich mehr Stimmen als die NPD kamen. Auch auf Bezirksebene blieb die NPD in allen Bezirken die stärkste Partei der extremen Rechten bzw. lag in Steglitz-Zehlendorf gleichauf mit der «Freiheit» (1,0 %) und in Tempelhof-Schöneberg gleichauf mit «Pro Deutschland» (1,5 %).

Trotzdem ist bezogen auf die Bezirke von einer klaren Niederlage der NPD auszugehen, auch wenn ihr der Einzug in drei Bezirksverordnetenversammlungen (BVV) geglückt ist. In Treptow-Köpenick (4,5 %; 2006 = 5,3 %), Marzahn-Hellersdorf (4,1 %; 2006 = 6,4 %) und Lichtenberg (3,7 %; 2006 = 5,9 %) kann die NPD jeweils zwei Abgeordnete in die BVV schicken, wobei sie jedoch jeweils ihren Fraktionsstatus (mindestens drei Sitze) verliert. In Neukölln hat die NPD um 44 Stimmen den Einzug in die BVV verpasst, 2006 kam sie hier noch auf 3,9 %. Somit bleibt die NPD im Osten Berlins zwar kommunal verankert, verliert jedoch deutlich an Zuspruch und kann zukünftig nicht mehr als Fraktion agieren. In fast allen anderen Bezirken konnte die NPD ihr Ergebnis trotz Konkurrenz durch «Freiheit» und «Pro Deutschland» auf niedrigem Niveau (zwischen 1,0 und 2,0 %) halten.

### **SCHWACHE ERGEBNISSE FÜR RECHTSPOPULISTEN**

Die rechtspopulistischen und vor allem mit einem antimuslimischen Rassismus arbeitenden Parteien «Die Freiheit» und «Pro Deutschland» haben klare Niederlagen in Berlin eingefahren. Mit 1,2 % für «Pro Deutschland» (17.829 Stimmen) und 1,0 % für «Die Freiheit» (14.019 Stimmen) blieben beide Formationen weit unter den erhofften Ergebnissen. Von einem Durchbruch für den Rechtspopulismus in Deutschland kann in keiner Weise gesprochen werden, vielmehr scheint das Ergebnis zu zeigen, dass von diesen Parteien der Aufstieg des Rechtspopulismus in Deutschland eher nicht zu

erwarten ist. Auch die Unterstützung eines Geert Wilders, des rechtspopulistischen Stars aus Holland, hat der «Freiheit» nicht geholfen, sich in Berlin oder zumindest in einzelnen Bezirken der Stadt zu verankern. Selbst in Pankow, dem Heimatbezirk von «Freiheit»-Gründer René Stadtkewitz, kam die Partei nur auf 1,5 % («Pro Deutschland» 1,1 %), in allen anderen Bezirken liegt sie mit Ergebnissen zwischen 0,6 und 1,1 % hinter «Pro Deutschland» bzw. in Reinickendorf gleichauf. Auch das Ergebnis von «Pro Deutschland», immerhin mit einer besseren bundesweiten Verankerung als «Die Freiheit» und zumindest Achtungserfolgen in NRW ausgestattet, ist eine klare Niederlage. 2,6 % in Marzahn-Hellersdorf, 2,2 % in Lichtenberg und 1,8 % in Spandau sind die besten regionalen Ergebnisse für die Partei. Somit schafft keine der beiden rechtspopulistischen Parteien den Sprung in eine BVV. Einzig die Hürde der Wahlkampfkostenerstattung konnten beide knapp bewältigen.

Zusammen kommen die drei Parteien der extremen Rechten auf 4,3 % bei der Abgeordnetenhauswahl und liegen damit weit von dem Ergebnis entfernt, dass die «Republikaner» mit 7,5 % 1989 erreichen konnten. Jedoch sind die ideologischen Unterschiede zwischen der auf Faschismus und Nationalsozialismus bezogenen NPD und den sich grundgesetztreu gebenden Rechtspopulisten zu groß, um sie umstandslos zusammenzurechnen. Dennoch lässt sich sagen, dass es ein Potenzial von Menschen in Berlin gibt, das durch expliziten Rassismus ansprechbar ist und dessen Größe in den Bereich der Fünfprozenthürde kommt.

### **WAHLKAMPF VON RECHTS**

Der Wahlkampf in Berlin wurde von allen drei Parteien relativ früh begonnen. Die NPD ordnete ihren Wahlantritt in das Gesamtkonzept für die Wahlen 2011 ein und stellte schon im Januar ihre Landesliste auf. Die «Freiheit» wurde erst im Oktober 2010 gegründet und nahm sofort Kurs auf die Berliner Wahl. Mit den am lautesten tönenden Ankündigungen ging «Pro Deutschland» ins Rennen, verhedderte sich jedoch gleich monatelang in Streitigkeiten mit ihrem Führungspersonal. Der schwedische Unternehmer Patrik Brinkmann versprach Millionenbeträge für einen Wahlkampf, wie ihn Berlin noch nicht erlebt habe, eine Bustour durch 100 Kieze war u. a. geplant. Zwei Wochen, nachdem er sich noch zum Landesvorsitzenden von «Pro Deutschland» hatte wählen lassen, warf er jedoch hin und ließ nur noch als «internationaler Sekretär» von sich hören.

Auf der Kandidatenliste für das Abgeordnetenhaus versammelte die NPD 18 Personen, im Wesentlichen bekanntes Personal von Udo Voigt über ihre Landesspitzen wie Meenen und Schmidtke bis zu bisherigen Abgeordneten in den BVV. Listen für die BVV stellte die NPD in 11 der 12 Bezirke auf. «Pro Deutschland» prahlte gleich mit 31 KandidatInnen auf der Landesliste, für deren Spitze der Vorsitzende der Partei aus Köln, Manfred Rouhs, geholt wurde. «Die Freiheit» konzentrierte sich unter ihrem Vorsitzenden René Stadtkewitz auf das Abgeordnetenhaus und stellte hier gleich 39 weithin unbekannte KandidatInnen vor.

Inhaltlich stimmten die drei Parteien der extremen Rechten vor allem in ihrer antimuslimischen Wahlpropaganda überein. Jürgen Gansel, NPD-Ideologe aus dem sächsischen Landtag, hatte bereits vor Jahresfrist erläutert, dass mit Fundamentalkritik an der «Islamisierung» Wahlen zu gewinnen sind.

Moslem-Feindschaft und Islam-Kritik seien der politische «Türöffner» für weitergehende ausländerpolitische Forderungen der «nationalen Opposition». Die entsprechende Linie wurde dann auch von der NPD konsequent durchgezogen und zeigte sich z. B. in der massenhaften Plakatierung eines «Gute Heimreise»-Plakates mit einem Muslim auf fliegendem Gebetsteppich und der Produktion von «Heimreise-Tickets», die junge Leute zusammen mit einer Schulhof-CD erhielten und weiter verbreiten sollten.

Für «Pro Deutschland» gab es keine wirklich erkennbare Strategie im Wahlkampf. Der Versuch, im Gefolge der Sarrazin-Debatte zu punkten, ging schief. Der Slogan (auch auf Plakaten) «Wählen gehen für Sarrazins Thesen» wurde per einstweiliger Verfügung untersagt, der Ersatz «Wählen für zensierte Thesen» blieb unbeachtet. Als Linie wurde Anti-Islam hervorgekehrt einschließlich der Ankündigung eines neuen «Anti-Islam-Kongresses» in Berlin Ende August, von dem dann allerdings in der Realität nur ein Aufzug von 150 Anhängern mit entsprechenden Parolen vom Potsdamer Platz zum Brandenburger Tor übrig blieb. Ihre rassistische Position versuchte die Partei nach dem Massenmord in Oslo durch «Anteilnahme» mit den Opfern durch eine kleine Schar Anhänger vor der norwegischen Botschaft etwas zu kaschieren.

Die «Freiheit» demonstrierte ihre Islamfeindlichkeit vor allem im Einklang mit gleichgesinnten Politikern aus dem Ausland. Dazu gehörten das Auftreten des bekannten holländischen Rechtspopulisten Geert Wilders bei einer geschlossenen Veranstaltung am 3.9. im Berliner Hotel «Maritim», wo dieser für seine Anti-Islam-Tiraden frenetisch gefeiert wurde, aber auch Auftritte von Stadtkewitz in Israel und bei den Gedenkfeiern in New York zum 10. Jahrestag der Terroranschläge vom 11. September 2011.

Ein weiteres mehr oder minder übereinstimmendes Thema der extrem rechten und rechtspopulistischen Wahlpropaganda war die Innere Sicherheit in Berlin, wofür aktuelle Gewalttaten vor allem in Nahverkehrsmitteln genügend Stoff boten. Vor allem in der letzten Etappe vor der Wahl stieg die NPD stärker mit sozialpolitischen Themen ein (Mietpreise). Heftigen Protest erntete die für ihren Antisemitismus berühmte NPD mit ihren Plakaten «Gas geben!», was von vielen AntifaschistInnen als Anspielung auf den Massenmord an den europäischen Juden betrachtet wurde. Provokationen der NPD waren im Wahlkampf auch ihre Aufzüge zum 17. Juni, zum 50. Jahrestag des Mauerbaus und ihre Kundgebung auf dem Alexanderplatz am Tag der antifaschistischen Mahnung und Begegnung.

Besonders auffällig war in Berlin die Masse der aufgehängten Plakate. Hier übertraf die NPD mit behaupteten 40.000 Exemplaren, die geschickt in großer Höhe, in nächtlicher Aktion und mit Unterstützung der nicht parteigebundenen Neonaziszene, Hilfe aus anderen Bundesländern und von tschechischen Jungnazis der DSSS (Kürzel der sogenannten «Arbeiterpartei der sozialen Gerechtigkeit») angebracht wurden, alle anderen Parteien. Die Zahl von Informationsständen mit Diskussionsmöglichkeiten von der extremen Rechten hielt sich in engen Grenzen. Die Parteien nutzten die Wahlwerbesendungen des RBB-Fernsehens, jedoch konnte der RBB auch gerichtlich durchsetzen, dass er die rassistische und volksverhetzende Wahlwerbung der NPD nicht senden musste. Sechs Tage vor der Wahl wandte sich die NPD in den Bezirken Mitte, Reinickendorf, Neukölln und

Treptow-Köpenick nochmals mit einem persönlichen Schreiben an die Jung- und Erstwähler. Zudem wurde eine neue «Schulhof-CD» verteilt. Insofern war es nicht falsch, wenn die NPD behauptete, den «intensivsten» Wahlkampf in der Geschichte der Partei geführt zu haben.

Die Finanzierung des Wahlkampfes der extrem rechten Parteien vollzog sich natürlich nicht transparent. Es ist aber davon auszugehen, dass sie allesamt stark mit Schulden auf eine spätere Wahlkampfkosten-Rückerstattung setzten. Die stets klamme NPD griff besonders auf die Hilfe der Landesverbände in Sachsen und Mecklenburg zurück. Ob es hier zum Missbrauch von Fraktionsgeldern gekommen ist, bleibt abzuwarten. Besonders misslich gestaltete sich die Situation für die Pro-Partei, die statt der vollmundig angekündigten und dann nicht gegebenen Millionen von Brinkmann am Ende sogar um Kleinkredite bei ihren Freunden in Nordrhein-Westfalen betteln musste. Die «Freiheit» konnte eine Reihe Sponsoren gewinnen, bei einer «Moneybomb»-Aktion kamen an die 60.000 Euro zusammen. Für den Einlass beim Auftritt von Wilders wurden anfangs 100 Euro pro Ticket verlangt, eine Summe, die dann noch gesenkt werden musste, weil sie Unmut bei den AnhängerInnen auslöste.

## **DIE EXTREME RECHTE NACH DEN WAHLEN**

### *Rechtspopulismus*

Die weitere Entwicklung von «Die Freiheit» und «Pro Deutschland» ist schwer einzuschätzen. Ob die «Freiheit» nach dem Ergebnis in Berlin die Kraft aufbringt einen bundesweiten Aufbau voranzutreiben muss bezweifelt werden. Trotz eigentlich günstiger Voraussetzungen – antimuslimische Stimmung nach der Sarrazin-Debatte, Unzufriedenheit mit der CDU im konservativen Lager, Euro-Krise – ist ihr nicht nur kein Durchbruch gelungen, sondern das desaströse Ergebnis könnte schon der Anfang vom Ende sein. Weder hat es die Partei geschafft prominente Mitstreiter oder Überläufer aus der Union in nennenswerter Zahl zu gewinnen, noch konnte sie ihre Themen so setzen, dass sie von den WählerInnen als mögliche Alternative gesehen wurden. Allein die Hoffnung, durch zwei Auftritte von Geert Wilders den nötigen Schub für einen Achtungserfolg zu erlangen, zeugt von der Konzeptions- und Ratlosigkeit der Partei. Dennoch kündigen ihre Vertreter unverdrossen die Gründung zweier neue Landesverbände, einen Bundesparteitag in Kiel und die Teilnahme an den Wahlen in Schleswig-Holstein an. Was daraus wird, bleibt abzuwarten. Für «Pro Deutschland» mag es da etwas besser aussehen. Immerhin konnte man sich gegen die Konkurrenz im rechtspopulistischen Lager durchsetzen und ist auch bundesweit besser aufgestellt. Jedoch ist von «Pro Deutschland» aufgrund der eindeutigen Herkunft ihres Personals aus NPD und anderen Formationen der extremen Rechten noch weniger ein Durchbruch des Rechtspopulismus in Deutschland zu erwarten. Die glaubwürdige Abgrenzung zum Neofaschismus ist (nicht nur) in Deutschland eine entscheidende Voraussetzung für eine erfolgreiche rechtspopulistische Partei nach europäischem Vorbild. Dass es für eine solche Formation auch hier ein nicht geringes Potenzial gibt, zeigen die regelmäßigen Untersuchungen von Heitmeyer («Deutsche Zustände») und Decker/Brähler («Die Mitte in der Krise» u. a.) zu politischen Einstellungsmustern in der Bundesrepublik.

Weiterhin fehlt es den rechten Parteien – anders als in den europäischen Nachbarstaaten – an charismatischen Persön-

lichkeiten. Spannender könnte es in diesem Zusammenhang sein, die weitere Entwicklung der FDP zu verfolgen, denn das Thema EU-Krise könnte sich – trotz des Berliner Wahldesasters der FreidemokratInnen – schnell zu einem Aufsteigerthema entwickeln und auch die FDP in eine Richtung treiben, die sie zum Sammelbecken eines rechten Populismus macht. Möglicherweise ist nur eine bereits etablierte Partei in der Lage, das vorhandene Potenzial dieser Richtung zu heben, so wie es die FPÖ mit ihrer Wende unter Haider in den achtziger Jahren vermochte. Sollte die Krise der FDP bis zur nächsten Bundestagswahl anhalten, könnten sich weitere Versuche in dieser Richtung ergeben.

#### *NPD*

Für die NPD schließt die Berlin-Wahl das überwiegend enttäuschende Wahljahr 2011 ohne Erfolg ab. Da in Berlin auch der Parteivorsitzende Udo Voigt direkt am Wahlkampf beteiligt war, wird das schlechte Ergebnis seine Position weiter schwächen. Bereits einen Tag nach der Wahl kündigte Holger Apfel, unterstützt von Udo Pastörs, an, beim nächsten Parteitag für den NPD-Vorsitz kandidieren zu wollen. Weniger inhaltliche Differenzen als die Erwartung, mit neuen Gesichtern neuen Schub erzeugen zu können, stecken hinter dieser Ankündigung. Zwar gilt Apfel häufig als Vertreter einer moderateren Linie und verweist auf die Notwendigkeit, der NPD ein zukunftsweisendes Image zu geben und die NS-Themen hinter sich zu lassen, doch spielt auch Apfel, wenn es lohnend erscheint, gerne auf dieser NS-Klaviatur – z. B. mit dem Begriff des «Bombenholocaust». Weder Apfel noch Pastörs stehen für eine Linie, die sich von der Kumpanei mit dem gewaltbereiten Spektrum der Kameradschaften abgrenzt. Es geht also weniger um eine inhaltliche Korrektur der NPD-Ausrichtung als um eine telegenere Verpackung derselben.

Doch auch mit einem personellen Wechsel bliebe die Partei isoliert im rechten Lager, womit die Spaltung und Schwäche der parteiförmig organisierten extremen Rechten in der Bundesrepublik glücklicherweise anhalten dürfte. Allerdings verbietet sich jeder vorschnelle Abgesang auf die NPD, wie jeder weiß, der die wechselvolle Geschichte der Partei kennt. Für das parteiungebundene Spektrum der extremen Rechten bleibt die NPD weiterhin ein verlässlicher Verbündeter, der als finanziell (relativ) starker Partner und als organisatorische Klammer aller Naziaktivitäten im Land unverzichtbar ist. Zudem kann die NPD auch diesem Spektrum weiterhin unter die Arme greifen, z. B. bei der Organisation von Konzerten, Aufmärschen und regionalen Veranstaltungen.

#### *Was tun?*

Die Linke als Partei und Bewegung wird auch zukünftig für die Verhinderung eines Anstiegs der extremen Rechten von großer Bedeutung sein. Allein ein Blick auf die starken WählerInnengruppen der NPD zeigt, dass es hier deutliche Schnittmengen mit der Klientel der LINKEN gibt. Sollte DIE LINKE als reale Alternative zu den bestehenden ungerechten Verhältnissen ausfallen oder weiter an Attraktivität einbüßen, könnte das eine Stärkung der extremen Rechten zur Folge haben. Insbesondere die sich weiter zuspitzende ökonomische und soziale Krise in Europa könnte die Unzufriedenheit mit den etablierten Parteien weiter steigern und auch in Deutschland die Möglichkeit einer Rechtsverschiebung verstärken. DIE LINKE hat hier eine besondere Verantwortung.

Für Antifaschistinnen und Antifaschisten wird es weiterhin wichtig sein, neben dem Blick auf die Parteien die regionalen Nazistrukturen vor Ort nicht aus dem Blick zu verlieren. Von hier geht die größere alltägliche Bedrohung für zahlreiche Menschen aus. Wichtig ist hierfür die Unterstützung von kommunalen Aktivitäten gegen rechts, weshalb auch die Absicherung der vorhandenen Bundesprogramme von großer Bedeutung ist. Die Bundesregierung droht hier für 2012 mit einer Mittelkürzung um 2 Mio. Euro, was den Einstieg in den Ausstieg aus den von Schwarz-Gelb ohnehin ungeliebten Programmen bedeuten könnte. Allerdings sind die Programme nur dann von Wert, wenn sie in ihrer Ausrichtung eindeutig auf die extreme Rechte gerichtet bleiben und nicht einem obskuren Extremismusbegriff folgend inhaltlich völlig entleert werden. Leider geht die reale Entwicklung genau in diese Richtung.

Die Erfolge des antifaschistischen Widerstands und der Blockaden in Dresden haben über zwei Jahre gezeigt, dass mit dem Thema Antifaschismus viele Menschen aktiviert werden können und den Nazis empfindliche Niederlagen beigebracht wurden. Hieran gilt es anzuknüpfen. Schließlich sollten auch die wenigen Hochburgen der NPD nicht weiterhin kampfflos den Nazis überlassen werden. Gerade Demokratinnen und Demokraten, Parteien und Initiativen sollten die Schwerpunkte ihrer Arbeit in solchen Regionen verstärken, um den Nazis an der Basis das Wasser abzugraben.

Gerd Wiegel und Roland Bach sind Mitglieder in der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Rechtsextremismus/Antifaschismus beim Bundesvorstand der Partei DIE LINKE.

#### **IMPRESSUM**

STANDPUNKTE wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig  
Redaktion: Marion Schütrumpf-Kunze  
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · Tel. 030 44310-127  
Fax -122 · m.schuetrumpf@rosalux.de · www.rosalux.de

ISSN 1867-3163 (PRINT), ISSN 1867-3171 (INTERNET)  
Erscheinungsdatum STANDPUNKTE 32/2011: Okt. 2011